

„Keine temporäre Schließung!“

RAHDEN (WB). Die Nachricht, dass die Mühlenkreiskliniken (MKK) eine zeitweilige Schließung des Krankenhauses Rahden prüfen, hat eingeschlagen. Gleichzeitig hagelt es Kritik von Seiten der Krankenhaus-Bürgerinitiative. Im Interview mit Redakteur Arndt Hoppe nimmt Rahdens Bürgermeister Dr. Bert Honsel (CDU) Stellung.

Der Beschluss zur Prüfung einer temporären Schließung des Krankenhauses Rahden hat sie nach eigener Aussage schockiert.

Dr. Bert Honsel: Ja. Einerseits das mögliche Ergebnis, dass das Krankenhaus zeitweilig geschlossen werden könnte. Aber insbesondere auch, dass ich davon erst kurz nach der Benachrichtigung der Medien offiziell erfahren habe. Das finde ich, gelinde gesagt, ernüchternd.

Sie haben in einer ersten Reaktion hinsichtlich des Vorgehens des Verwaltungsrates von einem schweren politischen Fehler gesprochen. Können Sie das erläutern?

Honsel: Wir Bürgermeister fordern seit Jahren, dass grundlegende Fragen zu der Aufstellung der MKK, insbesondere zu den Krankenhaus-Standorten im Kreisgebiet, zumindest für uns Bürgermeister dargelegt werden. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen des gescheiterten Medizinkonzeptes von 2018.

Wir erleben gerade, insbesondere im Altkreis Lübbecke, Diskussionen - auch innerhalb der Bürgerschaft - und Wünsche aus Teilen der Bürgerschaft, dass die aktuelle Krankenhaus-Problematik offen und transparent diskutiert wird.

Darum halte ich es für einen politischen Fehler, die jetzt „hochgekochte“ Diskussion um eine Schließung des Krankenhauses nicht im Rahmen einer Kreistagssitzung öffentlich zu führen. Denn wir reden hier über einen der fünf Klinikstandorte im Kreisgebiet.

Aber bisher ist ja „nur“ von einer Prüfung einer temporären Schließung die Rede.

Honsel: Richtig. Es geht noch nicht um die finale Schließung, aber allein, sich darüber Gedanken zu machen, eine mögliche Schließung zu prüfen, bedurfte



Rahdens Bürgermeister Dr. Bert Honsel vor dem Rathaus an der Langen Straße.

Foto: Arndt Hoppe

zwingend einer öffentlichen Diskussion im Kreistag. Dabei wurde auch der Zeitpunkt einer solchen Prüfung meines Erachtens viel zu früh gewählt.

Denn eine mögliche Schließung des Krankenhauses Rahden bedarf doch erst einmal einer Beschlussfassung zu einem Neubau in Espelkamp und der Beantwortung der Frage, wie bis zur Fertigstellung eines solchen Neubaus die stationäre medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Nordkreis und „umzu“ (also auch im benachbarten Niedersachsen) aussehen soll.

Einige Bürger und speziell die Krankenhaus-Bürgerinitiative werfen der Politik und speziell den Bürgermeistern und Ihnen persönlich Untätigkeit vor. Sie hätten sich nicht kümmern.

Honsel: Wer die lokale Berichterstattung der letzten anderthalb bis zwei Jahre

verfolgt hat, kann nicht ernsthaft zu der Meinung gelangen, dass wir Funktions- und Mandatsträger uns nicht um das Thema der medizinischen stationären Versorgung in Minden-Lübbecke und damit auch im Altkreis Lübbecke gekümmert haben.

Im Gegenteil: Wir Bürgermeister aus dem Altkreis haben die Initiative für einen Neubau in Espelkamp ergriffen. Bei gleichzeitigem Erhalt unter anderem des Krankenhauses Rahden bis zu dessen Fertigstellung. Das war für uns auch verbrieft durch den Beschluss des Kreistags im Sommer letzten Jahres.

Erschrocken hat uns alle im Frühjahr dieses Jahres die dann erstmalig bekannt gegebene prekäre wirtschaftliche Lage der MKK, mit der Konsequenz, dass der Neubau vielleicht doch nicht kommen könnte.

Die Bürgerinitiative hat mehr Druck auf die Politik geübt.

Honsel: Wir alle politisch Verantwortliche im Kreisgebiet machen uns selbst schon sehr viel Druck, eine für die medizinisch-stationäre Versorgung im Kreisgebiet sachgerechte und natürlich auch wirtschaftlich vertretbare Lösung zu finden. Dafür bedarf es nicht zusätzlich der Hämme und despektierlicher Beleidigungen Dritter.

In unserer Gesellschaft beklagen wir seit Jahren das despektierliche Auftreten einiger Menschen unter uns - gerade in den sozialen Medien - insbesondere gegenüber Berufs- und ehrenamtlich tätigen Politikern. Meines Erachtens muss die BI den Pfad der Sachlichkeit wieder aufnehmen und sich nicht zu weiteren Vorwürfen zum Engagement und der Arbeit politisch Verantwortlicher hinreißen lassen.

Für mich ist in sachlicher Hinsicht der Vorschlag der BI (eine Geriatrie in Rahden einzurichten; Anm. d. Red.) sicherlich diskutabel. Aber im Ergebnis greift er für das Krankenhaus Rahden zu kurz. Er ist nicht zielführend, zumal die Initiative nur einen Zeitraum von zehn Jahren als Lösung anbietet.

Die BI will einen Schlachtplan aufstellen. Haben Sie auch einen? Was gedenken Sie nach diesem Beschluss im Verwaltungsrat zu tun?

Honsel: Mein erstes Ziel ist, dass es nicht zu einer temporären Schließung kommt. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass man das Haus danach wieder aufmachen würde. Darüber hinaus bleibe ich bei meiner Meinung, dass das Vorhaben eines Neubaus in Espelkamp vorrangig zu verfolgen ist. Sollte dies aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sein, plädieren wir - also die Rahdener Fraktionen von CDU, SPD, FDP und ich - für die wirtschaftlich günstigste Lösung des „Aufrichtens“ des Krankenhauses Rahden zu einem Haus der Regelversorgung im Altkreis Lübbecke.

Welche Möglichkeiten haben die Kommunen im Altkreis, auf die Entscheidung auf Kreisbene Einfluss zu nehmen?

Honsel: Zunächst einmal können wir aus unseren Parteien jeweils mit den Kreistagsmitgliedern und allen Kreisverbänden ins Gespräch kommen, um die Situation der medizinisch-stationären Versorgung insbesondere im Nordkreis noch einmal deutlich zu machen. Diese Gespräche werden zeitnah abgeräumt. Wir möchten alle Kreistagsmitglieder in die Lage versetzen, unter Berücksichtigung aller Argumente zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen.

Ich erhoffe mir auch die Unterstützung der ortsansässigen Mediziner und der Sozialverbände. Auch insoweit wird jetzt vor dem Hintergrund der aktuellen Beschlusslage im MKK-Verwaltungsrat der Kontakt gesucht.

Ich vermute das Projekt Neubau schon seit 2019 und habe mich dafür ganz schön aus dem Fenster gelehnt. Es wird letztendlich eine grundlegende Entscheidung geben müssen zwischen reiner Ökonomie und optimaler medizinischer Gesundheitsversorgung.

Senioren-Union sieht bei Schließung des Krankenhauses Rahden Versorgung in Nordkreis gefährdet

„Starke Bewegung für den Erhalt nötig“

RAHDEN (WB). Die Senioren-Union (SU) Rahden unterstützt ausdrücklich, die Bestrebungen, das Rahdener Krankenhaus mit Notfall- und Grundversorgung für die Menschen im Nordkreis zu erhalten.

„Wir freuen uns auch über die gemeinsame Erklärung der Ratsfraktionen von CDU, SPD und FDP. Die drei Parteien sprechen sich - wie in dieser Zeitung berichtet - für den Erhalt des Hauses aus. Sollte dafür keinerlei Chance bestehen, ist zumindest ein Neubau in Espelkamp zwingend erforderlich, da wir bei der Variante, nur den Standort Lübbecke zu sanieren, die medizinische Versorgung unsere Bevölkerung im Nordkreis wegen der weitaus längeren Wege gefährdet sehen“, heißt es vom Vorstand der SU.

Vorsitzende Ulrike Koke, ihr Stellvertreter Ulrich Hartmann, die Beisitzer Lieselore Curländer und Bernd Hachmann sowie Schriftführerin Elke Bösch haben auch bereits das Gespräch mit der CDU-Landtagsabgeordneten Bianca Winkelmann gesucht, um sich aus erster Hand zu informieren.

Hoffnung auf breite Unterstützung

Im Verlauf des Treffens wurde seitens der SU die Bitte an Bianca Winkelmann herangetragen, ein Gespräch mit NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann zu arrangieren. Auf große Zustimmung traf auch der Vorschlag von Ulrich Hartmann, die Sozialverbände und Altenheimen aus dem gesamten Stadtgebiet mit ins Boot zu holen.

Der Vorstand hofft zudem auf Unterstützung durch den Freundeskreis des Krankenhauses Rahden. „Wir müssen wieder eine starke Bewegung wie bei den früheren Schließungsversuchen organisieren“, wünscht sich Hachmann, der sich damals noch als Bürgermeister mit allen Kräften für den Erhalt einsetzte.

Er erinnerte an die Tausenden von Unterschriften und das große Engagement der Bürger, nannte dabei besonders das Ehepaar Anne und Bianca Winkelmann (Sozialverband Rahden), Dr. Werner

Kreft (damals Vorsitzender des Freundeskreises), den Kommunalpolitiker Wolfgang Hesse und viele mehr.

An Wochenenden geschlossen

„Das wünschen wir uns heute auch“, meint Lieselore Curländer. Die ehemalige Landrätin des Kreises Herford blickt als damaliges Mitglied im dortigen Verwaltungsrat der Kliniken auf entsprechende Erfahrung zurück. Empört ist der SU-Vorstand auch über die „Ladenschlusszeiten“ am Rahdener Krankenhaus.



Angesichts der aktuellen Entwicklung sieht die Senioren Union Rahden die Gesundheitsversorgung im Nordkreis gefährdet und hofft auf Engagement der Bürger für einen Erhalt des Standortes. Foto: Arndt Hoppe

am Montag sofort ins Krankenhaus Diepholz. Dort bleibt sie drei Tage stationär.

„Ist das ein Horrorszenerario?“, nein. Das passiert schon, ist Realität jedenfalls am Wochenende und werktags ab 16 Uhr. Dann heißt es nämlich: „Krankenhaus geschlossen“, weiß der Vorstand der SU.

Entscheidung hinter verschlossenen Türen?

Und der Gipfel: „Unsere Kenntnisse nach hatte Montag, 14. August, der Verwaltungsrat - wie immer in nicht öffentlicher Sitzung im Krankenhaus - den Punkt 'Entwicklungsperspektiven Krankenhaus Rahden' auf der Tagesordnung. Wird hier etwa schon hinter verschlossenen Türen über die Zukunft/Schließung des Rahdener Krankenhauses entschieden?“

„Aus unserer Sicht wäre das unglaublich!“ Mit allen Kräften werden wir uns wehren und uns zum Wohle unserer Bürger dafür einsetzen, dass die medizinische Notfall- und Grundversorgung bei uns erhalten bleibt“, versichert der SU-Vorstand.